

# Brennpunkt IRAK

Michael Ehrke

## Der Irak-Krieg in der deutschen Öffentlichkeit

Eines der auffälligsten Merkmale der öffentlichen Debatte um den angekündigten Irak-Krieg in Deutschland ist das Auseinanderklaffen zwischen der Mehrheitsmeinung, wie sie in Umfragen ermittelt wird, und der durch die Medien veröffentlichten Meinung. Während je nach Umfrage zwischen 70 und 90 Prozent der Befragten gegen den Krieg und gegen eine deutsche Beteiligung am Krieg (auch im Rahmen eines UN-Mandats) sind, dominiert in den seriösen konservativen wie liberalen Medien die Sicht, die Bundesregierung habe mit ihrer Politik einen Scherbenhaufen angerichtet. Dabei ist weniger die Antikriegs-Haltung der Bundesregierung Gegenstand der Kritik als die Art und Weise, in der die Regierung ihr Ziel verfolgt.

### Meinungsumfragen: Der unpopuläre Krieg

Meinungsumfragen mögen die in der Bevölkerung verbreiteten Stimmungen und Haltungen nur ungenau widerspiegeln, im Falle des Irak-Krieges jedoch herrscht Eindeutigkeit. Die eindeutige Ablehnung des Krieges ergibt sich aus der Verbindung zweier Faktoren: Einer in der deutschen Bevölkerung stark verbreiteten grundsätzlichen Skepsis gegenüber militärischen Einsätzen und einer noch vehementeren Ablehnung *dieses* speziellen Krieges.

In der deutschen Bevölkerung ist mindestens eine starke Minderheit gegen *jeden* Krieg bzw. einen deutschen Militäreinsatz im Ausland:

- Gegen den Einsatz der Bundeswehr in *Mazedonien* sprachen sich in Umfragen 55 Prozent der Befragten aus; 42 Prozent waren für den Einsatz.
- Gegen den *Kosovo*-Krieg votierten 52 Prozent der Befragten, gegenüber 38 Prozent Befürwortern.
- Etwa die Hälfte der Befragten sprach sich für den Einsatz der Bundeswehr in *Afghanistan* aus; eine starke Minderheit von 46 Prozent war dagegen.
- Nur für eine Beteiligung am von den USA angekündigten „Krieg gegen den Terror“ votierte eine deutliche Mehrheit von 59 Prozent, bei 36 Prozent Gegnern. Hierbei ist zu berücksichtigen dass von einem *Krieg* gegen den Terror (wie beim Krieg den Drogen, dem

Verbrechen o. ä.) aber nur im übertragenen Sinne die Rede sein kann.

Die Ablehnung des Irak-Krieges fällt deutlicher aus als die generelle pazifistische Grundstimmung vermuten ließe. Gleichwohl bedarf beides der Erklärung: Die weit verbreitete Kriegsskepsis *und* die besonders klare Ablehnung eines Krieges gegen den Irak.

### Generelle Kriegsskepsis

Die pazifistische Grundhaltung der Deutschen wird meist auf deren Kriegserfahrungen zurückgeführt: Der Zweite Weltkrieg wurde auch auf deutschem Boden ausgetragen – ein Unterschied zu den USA, auf den immer wieder hingewiesen wird.

Die deutsche Geschichte belegt in der Tat, dass das Führen eines Krieges kein geeignetes Mittel zur Erreichung irgendeines akzeptablen Ziels ist. In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts gingen von Deutschland zwei mörderische Kriege aus, und das Land endete nach dem Zweiten zerstört, geteilt, demoralisiert und international geächtet. Die friedliche zweite Hälfte des Jahrhunderts dagegen brachte breiten Bevölkerungsschichten materiellen Wohlstand bei einem im internationalen Vergleich hohem Niveau an sozialer Sicherheit. Die Annahme, dass Wohlstand eher durch Produktivitätssteigerungen in einer offenen Wirtschaft – also auf dem Markt – erzielt werden kann als durch die Besetzung der kauka-

sischen Öl- oder ukrainischen Weizenfelder, wird durch die deutsche Geschichte des letzten Jahrhunderts eindrucksvoll bekräftigt. Diese Erfahrung – der Krieg ist kein effizientes Instrument zur Erreichung von Zielen, die mit den Interessen der Bevölkerungsmehrheit zu vereinbaren sind – hat sich in der kollektiven Identität der Deutschen offensichtlich fest eingegraben.

In Deutschland verbindet heute nur noch eine Minderheit mit dem Krieg bewusste persönliche Erfahrungen. Gleichwohl wurde die heute meinungsbildende Generation – grob: die zwischen 1940 und 1955 Geborenen, die Generation, die unter anderem die Regierung stellt – in einem familiären Klima sozialisiert, in dem der Schrecken des Zweiten Weltkriegs noch gegenwärtig war. Der Vater und die beiden Großväter jedes heute 55jährigen waren in der Regel zumindest in einem der beiden Weltkriege Soldaten, die Mutter und die beiden Großmütter erlebten in vielen Fällen die Bombardierung deutscher Städte. Die Erfahrung des Krieges wurde nicht nur als abstrakte Lektion über die Generationen weitergegeben, sie wirkte sicherlich auch über die frühkindliche Sozialisation persönlichkeitsprägend. Dabei ist allerdings zwischen der Ablehnung des Krieges und der moralischen „Aufarbeitung“ der nationalsozialistischen Verbrechen zu unterscheiden. Die Mehrheit der als Soldaten von Stalingrad bis Coventry wütenden Väter und Großväter sieht bzw. sah sich wahrscheinlich selbst nicht als Täter, sondern (zumindest im Nachhinein) als Opfer, während die politischen Identität derer, die heute die im Zentrum der Meinungsbildung stehen, stark von der Auseinandersetzung mit der Tätergeneration bestimmt ist. Bei der „Aufarbeitung der Vergangenheit“ bleibt Deutschland gespalten, nicht nur entlang der Generationslinien, sondern auch der politischen Lager. In der Beurteilung des Krieges dagegen ist die Einmütigkeit größer: Bei denjenigen, die ihn erfahren haben, *und* denjenigen, denen diese Erfahrung im Kindesalter mitgeteilt wurde.

Diese Skepsis widersetzt sich auch rationalen Begründungen, die militärische Einsätze der Bundeswehr im Verein mit den Verbündeten und als *ultima ratio* in Krisensituationen legitimieren. Ironischerweise ging die *Relativierung* der pazifistischen Grundhaltung von führenden Politikern der Grünen aus, vor allem von Joscha Fischer und Daniel Cohn-Bendit. Das Massaker von *Srebrenica* war für viele Ex-68er, also diejenigen, deren politische Identität in besonderem Maße durch die Auseinandersetzung mit der deutschen Tätergeneration bestimmt ist, eine Art Damaskus-Erlebnis, das sie bewegte, über Krieg und Frieden nicht mehr auf der Grundlage pazi-

fistischer *Prinzipien*, sondern in der Form einer Abwägung zwischen verschiedenen Übel zu entscheiden. Immerhin hatte der Nationalsozialismus nur durch einen Krieg überwunden werden können, und mit dem Stichwort „Auschwitz“ wurde bedeutet, dass es Schlimmeres als den Krieg gibt. Die *prinzipielle* pazifistische Haltung zumindest eines relevanten Teils der deutschen Linken wurde durchlöchert.

Wenn aber ein relevanter Teil der deutschen Linken den Krieg als *ultima ratio* nicht mehr ausschließt, wie ist dann die immer noch mehrheitliche Ablehnung militärischer Einsätze etwa im Kosovo und in Mazedonien zu erklären? Es ist wenig wahrscheinlich, dass diese Mehrheitshaltung nur auf *radikal-pazifistische* Motive zurückzuführen wird. Eher lassen sich, in der Form einer Hypothese, zwei zusätzliche Erklärungen anführen:

- Zum einen kann die Ablehnung dieser Einsätze auf die spezifische Konfliktkonstellation bzw. deren Wahrnehmung zurückgehen. Entweder wurde (im Falle des Kosovo) nicht geglaubt, dass es hier eine Alternative zwischen Völkermord und Bombardierung gab. Oder die Bombardierung wurde als ungeeignetes Mittel zur Verhinderung des Völkermords angesehen.
- Zum andern kann die Ablehnung militärischer Einsätze auch auf eine kollektive *Ohne-mich-Haltung* zurückgehen, auf eine eher selbstbezogene Kritik an Handlungen, bei denen Menschen und finanzielle Mittel für Aufgaben eingesetzt werden, aus denen den Bürgern Deutschlands kein sichtbarer Nutzen erwächst. Die Ablehnung von Militäreinsätzen vor diesem Hintergrund wäre vergleichbar mit der Ablehnung der Entwicklungshilfe, ihre Grundlage ein gewisser autozentrierter Provinzialismus, nach dem Motto: „Wenn hinten fern in der Türkei ...“

Hinter der deutschen pazifistische Grundhaltung verbirgt sich also möglicherweise eine Verbindung heterogener Elemente: Ein prinzipientreuer Pazifismus (der Krieg ist prinzipiell moralisch abzulehnen), eine informiert abwägende Analyse (*dieser* Krieg ist in *dieser* Situation kein angemessenes Mittel) und selbstbezogener Provinzialismus (Krieg für andere ist die Verschwendung von Steuergeldern). Allen drei Haltungen ist gemeinsam, dass sie auf die *Propagierung* eines Krieges mit äußerster Skepsis reagieren und gegen manichäische Kriegsrhetorik relativ immun sind.

### **Parteinahme gegen *diesen* Krieg: Begründungen und Befürchtungen**

Ein Krieg erfordert eine starke Begründung. Im Golfkrieg von 1991 starben wahrscheinlich über 150.000 Menschen, die große Mehrheit Zivilisten. Wie kann der gewaltsame Tod einer so hohen Zahl von Menschen, der im Falle eines neuen Golfkriegs zu erwarten ist, legitimiert werden? Die Begründungen, die für einen Militärschlag gegen den Irak bislang ins Feld geführt wurden, sind jedenfalls für eine Mehrheit der Deutschen nicht überzeugend. Dies gilt um so mehr, als die amerikanische Regierung immer wieder wechselnde Begründungen anbot, so dass die Wahrnehmung aufkam, der Krieg sei eine ausgemachte Sache, für die die Gründe nachgeliefert wurden.

- Ein Zusammenhang zwischen den Terroranschlägen des *11. September* und dem Regime Saddam Husseins wird von der die Mehrheit der Deutschen nicht gesehen.
- Die *Bedrohung*, die vom Irak und seinen Massenvernichtungswaffen ausgehen soll, wird in der deutschen Bevölkerung ebenfalls nicht wahrgenommen. Zumindest wird keine direkte Bedrohung gesehen: Niemand befürchtet, dass Saddam Hussein Mittelstreckenraketen, so er sie hat, gegen Deutschland abfeuern wird. Was die Bedrohung *in der Region* angeht, so werden sich die Positionen wieder differenzieren: Hinter der Ablehnung des Krieges kann Gleichgültigkeit stehen (oder auch eine – von Israel abgesehen – geringe Sympathie mit den potentiellen Opfern), aber auch eine informierte Einschätzung des irakischen Potentials (nach einem verlorenen Krieg sowie 12 Jahren Embargo und permanenten britisch-amerikanischen Luftangriffen) bzw. der Zweifel daran, dass man der Bedrohung nur *durch Krieg* Herr werden kann.
- Der bevorstehende Krieg wird auch mit der *Aufrechterhaltung der internationalen Sicherheitsarchitektur* begründet. Der Irak hat Auflagen des UN-Sicherheitsrats verletzt und damit internationales Recht gebrochen. Das UN-System selbst – so wird argumentiert – verliert an Glaubwürdigkeit, wenn der Bruch von UN-Auflagen nicht geahndet wird. Auch dieses Argument trifft in Deutschland auf Skepsis, weil der Rechtsbruch nur punktuell sanktioniert würde, während andere Rechtsbrecher ungestraft davon kommen. Es wird vermutet, dass das im Falle des Irak angeführte Rechtsprinzip politische Opportunität (das Regime Saddam Hussein ist anders als etwa Israel offen anti-amerikanisch) und militärische Machbarkeit (in dem Sinne eines Einsatzes ohne hohe eigene Verluste: s. Nordkorea) verdeckt.
- Die *Demokratisierung des Irak* oder des gesamten Nahen Ostens wird als Kriegsmotiv

nicht ernst genommen. Das pro-demokratische Motiv der US-Regierung gilt entweder als bloße Rhetorik oder als hoffnungslos idealistisch. Man traut den USA nicht zu, sich – gerade im Nahen Osten – konsequent für Demokratie einzusetzen (in den Medien wurde etwa an die Rolle Rumsfelds bzw. der USA im Iran-Irak-Krieg erinnert), oder man hält man den Nahen Osten für nicht demokratiefähig. Auf keinen Fall steht hinter der Ablehnung des Irak-Krieges eine positive Grundhaltung gegenüber der arabischen Welt, geschweige gegenüber dem Irak (die Untaten des „Verrückten“ Saddam Hussein werden in den Massenmedien in den grellsten Farben gemalt).

Im Kontrast zu den offiziellen Begründungen werden immer wieder Vermutungen über die „wirklichen“ Motive der Amerikaner geäußert:

- Die *irakische Erdöl* ist kein offiziell angegebener Kriegsgrund, viele Deutsche glauben aber, dass das Öl hinter den Plänen der USA steht. Ein Krieg um Öl wäre weder moralisch gerechtfertigt (das Übel „höherer Ölpreis“ legitimiert anders als das Übel „Völkermord“ keine Bombardierungen), noch gilt ein Krieg als effizientes Mittel, um die Rohstoff-Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Eher werden Engpässe und steigende Preise *infolge* des Krieges oder eine Aneignung des irakischen Potentials im engen nationalen Interesse der USA befürchtet.
- Während die Aneignung des irakischen Erdölpotentials ein zwar moralisch fragwürdiger, aber im weitesten Sinne rationales Kriegsmotiv sein könnte, befürchtete viele Schlimmeres: *Einen Krieg des Guten gegen das Böse*, einen religiös motivierten Kreuzzug einer ebenso verantwortungslosen wie religiös verblendeten amerikanischen Machtgruppe.

Die offiziellen *Begründungen*, die für einen Krieg angeführt werden, werden von einer Mehrheit als nicht ausreichend angesehen; um so ausgeprägter sind die – teils diffusen, teils analytisch durchaus begründeten – *Befürchtungen*, die mit dem Krieg verbunden werden.

- Die *wirtschaftlichen Folgen*, insbesondere im Hinblick auf den Ölpreis, werden in einer ohnehin ungünstigen Wirtschaftslage negativ beurteilt.
- Damit im Zusammenhang herrscht Unsicherheit, was *nach* einem Sturz Saddam Husseins in der Region geschieht. Der Krieg und der Sturz Saddam Husseins könnten ein generelles Chaos auslösen, das Deutschland zwingen würde, sich zumindest finanziell, mögli-

- cherweise aber auch mit seinen Streitkräften an der Sicherung der Trümmer zu beteiligen.
- Der angekündigte Irak-Krieg könnte Wasser auf den Mühlen des islamistischen Terrorismus sein.
  - Vor allem aber treibt viele die Sorge um eine mögliche neue Rolle der USA in der Welt um: *Wenn* die USA bereit sind, das Recht des Stärkeren gegen die Stärke des Rechts durchzusetzen, würde die Welt ein unsicherer Ort werden.

### Ein Irak-Problem oder ein USA-Problem?

Ein großer Anteil der deutschen Bevölkerung würde wahrscheinlich verneinen, dass es überhaupt ein Irak-Problem gibt, das einer – militärischen oder friedlichen – Lösung bedarf. Vielen dagegen scheint es, als seien die USA *auf der Suche nach einem Problem, das sich militärisch lösen lässt*, auf den Irak gestoßen. Zumindest ein Teil der deutschen Bevölkerung hat zu Zeit eher ein USA-Problem als ein Irak-Problem. Einer Umfrage des *Spiegel* zufolge halten 53 Prozent der Befragten die USA für den zur Zeit gefährlichsten Staat der Welt, den Irak sehen nur 28 Prozent in dieser Rolle. Das heißt nicht (wie manchmal behauptet wird), dass die Ablehnung des Krieges Ausdruck eines sonst latenten Anti-amerikanismus ist. Weit über 60 Prozent der Deutschen geben an, ein grundsätzlich positives Verhältnis zu den USA zu haben, so das amerikanische Meinungsforschungsinstitut Pew. 87 Prozent sehen im Bündnis mit den USA die wichtigste Sicherheitsgarantie für Deutschland, aber nur 12 Prozent würden die deutsche Außenpolitik an der Politik der USA ausrichten: 42 Prozent halten die Interessen eines vereinigten Europa und immerhin 28 Prozent moralische Prinzipien für die wichtigsten Leitlinien der deutschen Außenpolitik. Dieses verwirrende Bild verweist auf eine Art kollektiver *double bind*: Kultur und Massenbewusstsein sind in Deutschland so weitgehend amerikanisiert, dass nun die Andersartigkeit Amerikas nun mit Schrecken entdeckt wird. Nicht trotz, sondern wegen der engen deutsch-amerikanischen Verbundenheit in der Vergangenheit fühlt sich ein Großteil der Deutschen irritiert.

Zum Teil folgt die Verunsicherung dem Ende des Kalten Krieges, mit dem sich auch die einstige Einheit „des Westens“ auflöste und Differenzen zwischen Europa und den USA sichtbar wurden, etwa im Hinblick auf die Gestaltung des Sozialstaats, die Todesstrafe, die generelle Bewaffnung, Kriminalitäts- und Einkerkerungsraten, moralische und religiöse Haltungen usw. Gewichtiger dürfte sein, dass sich das *Be-*

*wusstsein der Differenz* seit dem Amtsantritt der Regierung Bush bzw. seit den Präsidentenwahlen des Jahres 2000 drastisch verstärkt hat. Ein Teil der deutschen Bevölkerung, der sich in Umfragen gegen den Irak-Krieg ausspricht, hat also weniger ein generelles Problem mit Amerika als mit der derzeit regierenden, *aus europäischer Sicht* extrem weit rechts stehenden politischen Strömung. Es ist die Rhetorik und Praxis der demonstrativen Rücksichtslosigkeit, die in der deutschen Bevölkerung Irritationen und Ängste auslöst.

*Außenpolitisch* ist die Rolle der USA als einzig verbliebener Supermacht ist weder ein Novum, noch muss sie für sich gesehen Beunruhigung auslösen. Das enorme Gewaltpotential Amerikas, verbunden mit seiner wirtschaftlich-technologischen Überlegenheit und kulturellen Attraktivität, war problemlos, so lange es von einer pragmatisch-realistischen oder progressiv-internationalistischen Elite (à la Kissinger oder à la Clinton) verwaltet wurde. Zum Problem wurde es, als es in die Hände einer schwer zu kalkulierenden und rhetorisch aggressiven Gruppierung geriet, die keinen Hehl daraus macht, dass sie die Gewaltmittel, über die sie verfügt, auch einsetzen wird – im Zweifelsfall auch gegen die das internationale Recht. Die Darstellung der führenden amerikanischen Politiker im Rambo- und Batman-Kostüm (durch den *Spiegel*) ist kein journalistischer Ausrutscher, sondern repräsentiert eine weit verbreitete Befürchtung: Das durch keine andere Kraft ausbalancierte Gewaltpotential der USA wird zur Bedrohung, wenn die Wahrnehmung entsteht, mit diesem Gewaltpotential werde nicht verantwortlich umgegangen, wenn die Übermacht nicht politisch-diplomatisch (auch und *vor allem durch sich selbst*) eingehegt, sondern – aus der Sicht von Nicht-Amerikanern – offen und provokativ für egoistische nationale Zwecke eingesetzt wird.

*Politisch-kulturell* ist die Gegnerschaft gegen den Irak-Krieg Teil einer umfassenderen Disposition, die auch die knappe Mehrheit für Rot-grün in den Bundestagswahlen 2002 erklären hilft. Über den Wahlausgang wurde nicht nach wirtschaftlichen Interessen entschieden – also nicht auf der Achse neoliberal versus sozialdemokratisch (in dieser Hinsicht unterschieden sich die Parteien kaum voneinander) –, sondern auf der Grundlage unterschiedlicher Werthaltungen und Lebensgefühle – also auf der Achse autoritär versus libertär. Rot-grün und Gerhard Schröder, so ließe sich zumindest als These vertreten, repräsentierten das „Lebensgefühl“ vor allem der modernen städtischen Mittelklassen besser als Schwarz-gelb und Edmund Stoiber. Rot-grün hat die Wahlen in gewisser

Hinsicht auf politischen Nebenschauplätzen gewonnen – wie Verbraucherschutz, Agrarpolitik, Familienpolitik, die Rolle der Frauen – die jedoch für die Wahrnehmung wahlentscheidender Bevölkerungsgruppen von hoher Bedeutung sind. Dieses gezügelte-hedonistische und aufgeklärt-individualistische (Noch)-Mehrheitsbewusstsein steht in diametralem Kontrast zu den Werten und Überzeugungen, die die Regierung Bush repräsentiert. Schon das in der amerikanischen Öffentlichkeit dominierende patriotische Brimborium und die religiös-missionarische Rhetorik, die Anrufung Gottes zur Rechtfertigung eines Krieges, stoßen im politisch-kulturellen Umfeld Deutschlands auf Unverständnis. Ein bis an die Zähne bewaffneter Bündnispartner, der sich als Heilsbringer der Welt darstellt, löst in Deutschland mehr Angst aus als der als Schurke gebrandmarkte, aber in Schach gehaltene Saddam Hussein.

### Die Kritik der Experten

In den meisten Medien wie in der Opposition wird die Haltung der Regierung kritisch beurteilt. Die Opposition der CDU/CSU und FDP hat sich allerdings erst in jüngster Zeit der Position der Regierung Bush angenähert. Noch im Wahlkampf bezog Edmund Stoiber gegenüber Gerhard Schröder keine klare Gegenposition, sondern versuchte den Kanzler noch zu überbieten – indem er für den Fall eines Krieges ohne UN-Beschluss den Amerikanern die Überflugsrechte zu entziehen drohte, eine weitreichende Maßnahme, an den die rot-grüne Koalition noch gar nicht gedacht hatte.

Der Grossteil der Kritik an der Irak-Politik der Bundesregierung – in den Medien wie in der Politik – richtet sich weniger gegen die Anti-kriegs-Haltung des Bundeskanzlers als gegen die Form, in der dieser Position vertreten wird bzw. gegen den Mangel an politischen Initiativen, mit der sie abgesichert wurde. Das Irak-Problem wurde – so der Einwand – im Wahlkampf instrumentalisiert, ohne dass die langfristigen Konsequenzen dieser Haltung bedacht worden wären. Eine pazifistische Minderheit befürchtet, dass sich der Bundeskanzler aus wahltaktischen Gründen gegen einen Krieg aussprach, diese im Prinzip befürwortete Haltung aber nicht oder in nur verwässerter Form durchhalten wird. Die Regierung wird letztlich klein beigeben, die in Kuwait stationierten Fuchspanzer werden eingesetzt, deutsche Soldaten werden in AWACS-Flugzeugen am Krieg beteiligt sein, Deutschland wird im UN-Sicherheitsrat dem Krieg unter Druck dann doch zustimmen und Deutschland wird sich finanziell

und mit militärischen Kräften am Wiederaufbau des Irak beteiligen usw.

Stimmen dagegen, die offen und konsequent für einen Krieg zur Entmachtung Saddam Husseins mit deutscher Beteiligung eintreten, sind in der Politik und den Medien die Ausnahme. Statt dessen tendiert die Frage „Krieg oder Frieden“ unter dem Wust der Fragen nach der richtigen Taktik, der diplomatischen Professionalität, den langfristigen Sicherheitsinteressen o.ä. begraben zu werden. Die Entscheidung gegen eine Kriegsbeteiligung wird in der Regel nicht als falsch, sondern als unklug oder in der Form unangemessen beurteilt. Die in internationalen Fragen kundigen Expertenkulturen sehen mit Schrecken das Bündnis der rot-grünen Regierung mit dem mehrheitlichen „Volkswillen“, das ein aus ihrer Sicht notwendiges differenziertes und diplomatisch abgesichertes Vorgehen unmöglich mache. Es war, wie behauptet wird, ein „Fehler“, eine deutsche Beteiligung am Krieg *a priori* auszuschließen, da man sich so auch jede Hintertür für eine möglicherweise doch notwendige Positionsänderung verschlossen habe.

Hinter den Einwänden der Experten verbergen sich in der Regel drei Grundpositionen:

- *Die notwendige Entwaffnung des Irak kann nur unter Druck erfolgen.* Mit der *a priori*-Entscheidung gegen einen Krieg hat die Bundesregierung den Krieg auch als *ultima ratio* ausgeschlossen und sich damit geweigert, am Aufbau einer glaubwürdigen „Bedrohungskulisse“ gegen Saddam Hussein mitzuwirken. Die Entwaffnung des Irak sei aber der einzige Weg, den Krieg zu verhindern (so etwa Wolfgang Schäuble). Die Protagonisten dieser Position nehmen die Bedrohung, die vom Irak ausgehen soll, ernst und gehen ebenfalls im Ernst davon aus, dass die Entwaffnung des Irak (und nicht die Entmachtung Saddam Husseins) das Ziel der Amerikaner ist.
- Ein Krieg gegen den Irak ist moralisch unzulässig und politisch eine Dummheit, daher ist die Haltung der Bundesregierung im Grundsatz nachvollziehbar. *Die deutsch-amerikanischen Beziehungen sind aber ein so hohes Gut, dass die Frage eines Krieges gegen den Irak letztlich sekundär ist.* Mit ihrer demonstrativen Geste hat die Bundesregierung die Amerikaner aber unnötig verärgert und sich selbst in die außenpolitische Bedeutungslosigkeit manövriert. Auch ohne demonstrative Gesten (mit einer loyalen Haltung im Sicherheitsrat und der Gewährung von Überflugsrechten) hätte sich die Bundesregierung aus dem Krieg heraushalten können. Diese Position basiert entweder auf der pragmati-

schen Annahme, dass der „sanfte Imperialismus“ der USA eine Realität ist, gegen die man nicht ankämpfen kann, oder auf der Überzeugung, er sei das geringste aller weltpolitisch denkbaren Übel. Ein alternatives multipolares System etwa wäre moralisch bedenklicher, da jede Macht in ihrem Einflussbereich willkürlich walten könnte. Die UNO ist – zumindest im Konfliktfall – nicht nur realpolitisch bedeutungslos, ihr Anspruch ist, da sie mehrheitlich keine Demokratien (sondern, wie Jan Ross in der Zeit anmerkt, alle möglichen „Folterer und Handabhacke(r)“ repräsentiert, auch moralisch fragwürdig. Aus dieser Sicht zwingt nicht nur realpolitischer Pragmatismus zum Schulterchluss mit den USA, es gibt auch moralisch keine glaubwürdige Alternative.

- Ein Krieg gegen den Irak ist moralisch unzulässig, um ihn abzuwenden bedarf es aber einer geduldig aufzubauenden Koalition insbesondere der europäischen Staaten. *Die Regierung hat aber darauf verzichtet, diese Koalition zu schmieden.* Sie hat sich nicht systematisch bemüht, vor allem in Europa für ihre Position zu werben. Sie hat nicht ein mal versucht, das ökonomische Gewicht Deutschlands innerhalb Europas (auch gegenüber den Neu-Mitgliedern der EU) mit Druck, Drohungen, Anreizen und kontinuierlicher Überzeugungsarbeit politisch einzusetzen. Der Sachverhalt, dass im Sicherheitsrat letztlich doch eine Koalition gegen den Krieg zustande kam (wenn diese auch den Krieg wahrscheinlich nicht verhindern wird), ist letztlich eher dem Bemühen Frankreichs als dem Deutschlands zu verdanken.

Den erwähnten, gegen die Regierung gerichteten Argumenten liegt die Furcht vor der „internationalen Isolation“ Deutschlands zugrunde. Gerhard Schröder hat diese Befürchtung ungewollt bestätigt, als er im Wahlkampf einen „deutschen Weg“ forderte. Er hat damit die unter „Atlantikern“ wie „Europäern“ verbreiteten Ängste vor einem deutschen Sonderweg, auf den die Übel der deutschen Geschichte seit der Gründung des zweiten Kaiserreichs zurückgeführt werden, mobilisiert. Die auch von der Linken anerkannte

*Westbindung Deutschlands* gilt als der historische Erfolg der Bundesrepublik und als Sicherung gegen Rückfälle in nationalen Wahn. Ist die Stellungnahme des Bundeskanzlers gegen den Irak-Krieg der erste Schritt auf dem Sonderweg zurück in die nationale Einsamkeit?

*Internationale Isolation* erscheint oft als die unausweichliche Konsequenz einer jeden Politik, die sich nicht dem Willen der verbliebenen Supermacht fügt – zumindest in den Fällen, in denen von den USA als „lebenswichtig“ deklarierte Interessen betroffen sind. *Internationale Isolation* bedeutet unter den gegenwärtigen weltpolitischen Bedingungen letztlich, dass man sich auf die potentielle Einflussnahme auf die Politik der USA verzichtet. Das Argument ist zirkulär: Wenn die Beeinflussung der amerikanischen Politik voraussetzt, dass man diese Politik im Grundsatz akzeptiert, bleibt wenig Raum für Differenzen und für die Artikulation der eigenen Werte und Interessen. Zudem liegt dem Konzept der internationalen Isolation eine traditionell und diplomatisch verengte Sicht internationaler Handlungsfähigkeit zugrunde. Beziehungen zwischen Ländern sind längst nicht mehr nur Beziehungen zwischen Regierungen. In der gegenwärtigen Weltlage wäre Deutschland im äußersten Falle, wenn sich nämlich Frankreich in letzter Sekunde der amerikanischen Haltung anschließen sollte, von den Regierungen der Welt isoliert – *aber nicht von der europäischen (und einem noch minoritären, aber gewichtigen Teil der amerikanischen) Bevölkerung*, deren große Mehrheit gegen den Krieg ist und in überraschenden Größenordnungen gegen den Krieg demonstriert. Gerhard Schröder und die Bundesregierung sind mit ihrer Irak-Politik ein Risiko eingegangen – und hinter der Kritik in den Medien und seitens der Opposition steht unter Umständen auch die Befürchtung, die Regierung sei sich dieses Risikos nicht bewusst –, das politische Risiko der europäischen Politiker aber, die die USA auch gegen die Mehrheit ihrer Bevölkerung in ihrer Kriegspolitik unterstützen, könnte sich letztlich als ebenso hoch erweisen.